

FAZ/ Gastarbeiter und die Lebenslüge der Demokratie!

Türkische Gastarbeiter kamen auf Druck der USA

Quelle:

<http://www.unzensuriert.at:80/002551-t-rkische-gastarbeiter-kamen-auf-druck-der-usa>

7 Nov 2010

Nach den verheerenden Schäden des Zweiten Weltkrieges erholte sich Deutschland zu Ende der 1940er Jahre erstaunlich schnell. Bereits 1950 überschritten die Reallöhne das Vorkriegsniveau, die Wirtschaft boomte enorm. Es war die Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders. In dieser Situation benötigte die deutsche Industrie immer mehr Arbeitskräfte. Um diesen Bedarf zu decken, schloss die Bundesregierung ab 1955 Anwerbeabkommen mit verschiedenen Staaten; das bekannteste davon ist wohl jenes mit der Türkei aus dem Jahr 1961.

Eine schöne Geschichte mit einem Haken: Sie ist ein Mythos.

Heike Knortz weist in ihrem Buch "Diplomatische Tauschgeschäfte" auf die wahren Gründe der Anwerbeabkommen hin.

Problematische NATO-Partner Italien und Türkei

Während der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland seinesgleichen suchte, verlief die Entwicklung in anderen NATO-Staaten nicht so günstig; Italiens Wirtschaft kam nach dem Krieg erst langsam wieder in Schwung. Vor allem der Süden des Landes war von grassierender Arbeitslosigkeit betroffen, die Einkommen und der Ausbildungsstandard waren niedrig. Italien geriet gegenüber Deutschland immer mehr ins Hintertreffen, was sich vor allem in einer stark negativen Handelsbilanz niederschlug.

Im Sicherheitsgefüge der NATO nahm Italien dabei einen wichtigen Platz ein: Durch seine herausragende Rolle im Mittelmeer und seine Frontstellung gegenüber dem kommunistisch dominierten Balkan war das Land für das westliche Bündnis unverzichtbar. Gleichzeitig war die kommunistische Partei die stärkste KP im NATO-Raum, eine kommunistische Machtergreifung musste um jeden Preis verhindert werden. Das Foto rechts zeigt italienische Bergleute im Jahr 1962, wie sie in deutschen Sitten und Gebräuchen unterrichtet werden.

Auch der Türkei fiel eine besonders wichtige Rolle innerhalb der NATO zu. Der Sowjetunion war durch sie der Zugang zum Mittelmeer verwehrt, und das Land sicherte die östliche Flanke des Bündnisses. Außerdem war die Türkei einer der Frontstaaten des Kalten Krieges und ein wichtiges Sprungbrett in den Nahen Osten. Ähnlich Italien war die wirtschaftliche Lage nicht gerade rosig, große Teile des Landes unterentwickelt, der Bildungsstandard noch weit niedriger. Dazu kam die politische Instabilität: 1960 putschte das Militär, Terror von rechts und links erschütterte das Land in der Folge.

Deutschland soll die NATO wirtschaftlich stabilisieren

Um ihre wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen und die Länder zu stabilisieren, forcierten zuerst Italien, danach aus ähnlichen Gründen Spanien (im Bild links die Unterzeichnung des Abkommens) und Griechenland die Anwerbeabkommen. Die Entsendestaaten erhofften sich vielfältige Vorteile aus der Arbeitsmigration: Durch die Devisen, die die Gastarbeiter in ihre Heimatländer überwiesen, sollte der eigene Devisenmangel zumindest gedämpft werden. Außerdem würde dadurch die drückende negative Handelsbilanz teilweise ausgeglichen. Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes. Zusätzlich erhofften sich die Entsendeländer, dass die Gastarbeiter in Deutschland mit modernen Produktionsmethoden vertraut würden und dieses Wissen auch in ihren Heimatländern einbringen würden.

Skepsis in Deutschland, Druck aus den USA

Nachdem Griechenland 1960 ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen hatte, wollte auch die Türkei in den Genuss dieser Vorteile kommen. Arbeitsminister Theodor Bland reagierte zunächst ablehnend auf das Ansinnen. Die sozialen und kulturellen Unterschiede seien zu groß, der deutsche Arbeitsmarkt noch nicht ausgeschöpft. Daraufhin machten die USA Druck, um dem wichtigen Verbündeten Türkei zu helfen. Das Auswärtige Amt, das sich bereits bei den vorhergehenden Abkommen wesentlich williger gezeigt hatte, führte darauf die Verhandlungen zu einem positiven Abschluss.

Massenzuwanderung beginnt

Bis 1973 kamen knapp 650 000 Türken nach Deutschland, der Großteil - 80 Prozent - stammte nicht aus dem westlicher geprägten Istanbul sondern aus ländlichen Regionen. Das stand im Gegensatz zu den ursprünglichen Intentionen, nur Arbeiter aus dem europäischen Teil der Türkei anzuwerben. Auch das Rotationsprinzip, wonach jeder Arbeiter nach zwei Jahren ausgetauscht werden sollte, wurde sehr schnell aufgegeben. Als größter Einwanderungsmotor sollte sich aber der Familiennachzug erweisen. Entgegen den eigentlichen Plänen, nur unverheiratete Türken ins Land zu lassen und so die Familienbildung in Deutschland zu verhindern, konnten die Gastarbeiter ab 1974 ihre Familien nachholen. Heute leben über zwei Millionen türkische Staatsbürger in Deutschland, eingebürgerte Türken sind dabei nicht mitgerechnet.

Nachteilige Folgen für Wirtschaft und Sozialsystem

Auch wenn dies in den 1960er Jahren noch schwer absehbar war, so hatte die Anwerbungspolitik bereits damals negative Folgen für die deutsche Wirtschaft. Durch die Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte in großer Zahl konnten Wirtschaftszweige, die vor allem ungelernete Arbeiter benötigen, länger überleben. Derartige Produktionen sind inzwischen aber größtenteils in Billiglohnländer abgewandert. Eine frühzeitige Strukturänderung hin zu höher technisierter Produktion und zu zukunftssträchtigeren Industriezweigen wurde so zumindest verzögert.

Auch für das Sozialsystem brachte die Masseneinwanderung große Probleme. 2005 waren 25 Prozent der Türken in Deutschland arbeitslos, 40 Prozent zählten zu den Langzeitarbeitslosen. Dazu kommen erhebliche Belastungen für das Pensionssystem. Die von Minister Blank erkannten kulturellen Unterschiede haben dazu in den deutschen Großstädten zur Bildung von Parallelgesellschaften (im Bild eine Moschee in Berlin-Kreuzberg) geführt. In Summe überwiegen also die negativen Auswirkungen der Anwerbeabkommen bei weitem.

..... *und einige Kommentare von Lesern:*

..... es ist schon lang an der Zeit den Rückholabkommen für diese Leute mit der Türkei abzuschließen!!!

.....

Sehr richtig! Diese Angelegenheit sollte vollumstädnlich einer breiten Zeitungsöffentlichkeit bekannt gemacht werden.

In Österreich wurde nur wenig später ebenso ein Abkommen geschlossen.

Den Minister Buchinger habe ich damals schon darauf hingewiesen, dass dieses Abkommen nicht im Interesse Österreichs ist. Es könnte einfach gekündigt werden. Er meinte dann aber auch, dass es sinnleiche Abkommen auf EU-Ebene gäbe(???)

Und genauso, wie damals ein Anwerbeabkommen geschlossen wurde, wird man heute auch ein Rückführ- und Wiederaufnahmeabkommen für bereits eingebürgerte wie auch nochtürkische Staatsbürger schließen können, "im Sinne unserer gutfreundschaftlichen Beziehungen" mit der Türkei. (Und das muss ohne Gegengeschäfte erfolgen, nicht dass es heißt: "Ja, wir machen das Abkommen, wenn Ihr uns in die EU lasst.")

... *dazu das Buch:*

Diplomatische Tauschgeschäfte:

Gastarbeiter in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973

Quelle:

<http://www.amazon.de/gp/product/3412200743?ie=UTF8&tag=httpwwwunzens21&linkCode=as2&camp=1638&creative=6742&creativeASIN=3412200743>

Pressestimmen

Die erste systematische Gesamtuntersuchung der Materie [...] Mit ihrem Mangel an Weitsicht haben die Bundesregierungen der fünfziger und sechziger Jahre große Probleme hinterlassen. Dass die

ausländischen Arbeitnehmer dabei nicht mehr als Tauschobjekte waren, das bleibt nach der Lektüre als ernüchternde Erkenntnis haften. (Südwest Rundfunk Baden-Baden)

Kurzbeschreibung

Entgegen der Annahme, die westdeutsche Anwerbspolitik sei ausschließlich den Bedürfnissen der Industrie gefolgt, zeigt dieses Buch, dass sämtliche Initiativen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte von den Herkunftsländern Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei, Jugoslawien, Marokko und Tunesien ausgingen. Eine verbesserte Quellenlage sowie die systematische Sichtung regierungsamtlicher, zum Teil unverzeichneter Akten erzwingen eine Neubewertung der bundesdeutschen Ausländerpolitik der Jahre 1953 bis 1973. Die Anwerbevereinbarungen folgten weniger arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Erwägungen, sondern den Prinzipien klassischer Außenpolitik: Die Bemühungen um einen potenziellen NATO-Partner oder um Entspannung im Ost-West-Verhältnis spielten die entscheidende Rolle. Die solchermaßen definierte Ausländerpolitik, die ein stärker technikinduziertes Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland bis 1973 verhindert hat, lässt erstmals auch eine fundierte Neubewertung des Anwerbestops ab diesem Zeitpunkt zu.

Über den Autor

Heike Knortz ist Privatdozentin am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Ökonomie, der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe./

..... und ein Artikel aus der FAZ aus 2008:

Initiative der Entsendeländer

Auswärtiges Amt und Ausländerbeschäftigung 1953-1973

Quelle:

<https://www.faz.net/s/RubFAE83B7DDEFD4F2882ED5B3C15AC43E2/Doc~EC4C05A4D985442C5989553685D81CE4D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

23. Juni 2008

Deutschland ist kein Einwanderungsland, die Gastarbeiter fahren wieder nach Hause - das waren einmal Glaubenssätze. Aus den Arbeitern wurden Rentner und aus den Gästen "Migranten", Einwanderer eben. Ein anderer Glaubenssatz ist, dass die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ein Instrument der Arbeitsmarktpolitik gewesen sei, weil die westdeutsche Industrie diese benötigt habe. Die Karlsruher Wirtschafts- und Sozialhistorikerin Heike Knortz behauptet nun etwas ganz anderes. Sie sieht den Ursprung der wesentlichen migrationspolitischen Entscheidungen in Motiven der deutschen Außen- und Außenhandelspolitik. Für ihre Analyse hat sie die Akten des Bundesarbeits- und des Bundeswirtschaftsministeriums sowie erstmals einschlägige Akten des Auswärtigen Amtes ausgewertet. Sie verschiebt damit den Akzent vom Arbeitsministerium hin zu dem seinerzeit federführenden Ressort. Es zeigt sich, dass die Initiative, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, in keinem der untersuchten Fälle von der Bundesrepublik Deutschland ausging und zudem keinerlei arbeitsmarktpolitischen Überlegungen folgte. Es waren die Regierungen der Entsendeländer, die ihre Bitten an die Bonner Ministerien herantrugen. Ihre Beweggründe konnten dabei ganz unterschiedlicher Natur sein.

Italien, das seine Wirtschaft schon früh völlig auf eine europäische Zusammenarbeit ausgerichtet hatte, litt unter einem erdrückenden Handelsbilanzdefizit. Die 1953 laufenden Handelsgespräche wurden auf italienischen Wunsch erweitert. Es sollten Italiener in Deutschland arbeiten dürfen, mit deren DM-Transfers das Bilanzdefizit in der Heimat ausgeglichen und die hohe Arbeitslosigkeit gesenkt würde. Auf dem Weg zum ersten Anwerbeabkommen 1955 gelang es dem Auswärtigen Amt, seinen Vorrang bei den Verhandlungen zusätzlich zum Außenhandel auch auf die Ausländerbeschäftigung auszudehnen und diesen Primat gegenüber dem Bundesarbeitsministerium zu behaupten. Ein von Konrad Adenauer ursprünglich geforderter arbeitsmarktpolitischer Gesamtplan scheiterte am Konflikt der beteiligten Ministerien untereinander. Ohne ein derartiges Konzept machten die Diplomaten fortan die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte an allgemein außenpolitischen oder außenwirtschaftlichen Bedürfnissen fest.

Die Anwerbevereinbarungen mit Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal, Marokko und Tunesien standen alle unter ähnlichen Vorzeichen. Jeweils ging der Anstoß von diesen Ländern selbst aus, die mit

der Entsendung ihrer Arbeitskräfte eigene Probleme zu bewältigen suchten. Sie wollten ihre aus der westdeutschen Exportstärke erwachsenen Devisenschwierigkeiten lösen, die heimische Arbeitslosigkeit reduzieren oder die ohnedies im Gang befindliche Emigration im Bereich der qualifizierteren Arbeiter kanalisieren und wenigstens deren Abwanderung verhindern. Die Bundesrepublik hatte wiederum ein Interesse daran, dass Handelspartner als solche erhalten blieben und nicht durch ihre Bilanzdefizite am Handel mit Deutschland gehindert waren. Andere Gründe konnten das Bemühen um die Stabilität eines Nato-Partners sein, der Wille, einen EWG-Mitgliedstaat zu integrieren oder - wie im Falle Jugoslawiens - die Absicht, den Ost-West-Konflikt zu entspannen.

Dass sich solche außenpolitischen Motive durchaus mit den Anliegen der deutschen Wirtschaft decken konnten, liegt auf der Hand. Schließlich herrschte spätestens seit 1960 Vollbeschäftigung, und die Arbeitskraft der angeworbenen ausländischen Arbeiter wurde benötigt. Tatsächlich erwiesen sich die Ergebnisse der Außenpolitik als kompatibel mit den Erfordernissen des Arbeitsmarkts. Frau Knortz legt jedoch großen Nachdruck auf die richtige Verknüpfung. Bei den Anwerbevereinbarungen handelte es sich ihrer Meinung nach ausschließlich um eine der Industrie aus außenpolitischen Gründen ermöglichte vereinfachte Rekrutierung von Arbeitskräften im Ausland und nicht umgekehrt um eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts ausgerichtete Außenpolitik. Das ist keineswegs nebensächlich, denn aus Sicht der Verfasserin hatte diese Politik in einem bedeutsamen Punkt nachteilige Konsequenzen. Bis zum Anwerbestopp von 1973 soll die Arbeitermigration nämlich ein stärker technikinduziertes Wachstum verhindert haben. Die zumeist un- oder angelernten ausländischen Arbeitskräfte verrichteten vielfach gerade jene Tätigkeiten, deren Potential zur mechanischen oder organisatorischen Rationalisierung besonders groß war. Die Hypothese einer durch die Migration ausgelösten mittelfristigen Wachstumsschwäche erscheint durchaus plausibel. Martin Kröger

Heike Knortz: Diplomatische Tauschgeschäfte. "Gastarbeiter" in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973. Böhlau Verlag, Köln 2008. 248 S., 32,90 [Euro].
Text: F.A.Z.

..... und eine interessante Dokumentation aus eher türkischer Sicht (im Auftrag einer deutschen Regierungsbehörde):

link:

<http://www.domid.org/pdf/Materialsammlung.pdf>

..... auch sehr informativ:

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EB7415CB0A1D1486A878291D72E4B933E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

http://www.bpb.de/themen/373SRR,1,0,T%FCrkische_Minderheit_in_Deutschland.html